

Ministerium für Schule und Bildung  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
z. Hd. Herrn Staatssekretär Mathias Richter  
Völklinger Straße 49  
40221 Düsseldorf

Sprecher des Vorstands  
Prof. Dr. Tim Engartner  
Goethe-Universität Frankfurt am Main  
FB Gesellschaftswissenschaften  
Didaktik der Sozialwissenschaften mit  
dem Schwerpunkt politische Bildung  
Theodor-W.-Adorno-Platz 6  
Postfach PEG 19  
60323 Frankfurt am Main

Vorstand  
Prof. Dr. Silja Graupe, Bernkastel-Kues  
Prof. Dr. Udo Hagedorn, Bielefeld  
Harald Hantke, Lüneburg  
Prof. Dr. Reinhold Hedtke, Bielefeld  
Lisa-Marie Schröder, Frankfurt a. M.  
Theresa Steffestun, Bernkastel-Kues  
Prof. Dr. Georg Tafner, Graz/Berlin  
Prof. Dr. Till van Treeck, Duisburg-Essen

**Stellungnahme der *Gesellschaft für Sozioökonomische Bildung und Wissenschaft* im Rahmen des Verbändebeteiligungsverfahrens für neue Kernlehrpläne an Haupt-, Real-, Gesamt- und Sekundarschulen in Nordrhein-Westfalen**

Köln, den 3. April 2020

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrter Herr Richter,

die *Gesellschaft für Sozioökonomische Bildung und Wissenschaft (GSÖBW)* dankt Ihnen vielmals für die Möglichkeit, Stellung zu den avisierten Kernlehrplänen zu nehmen.

Zunächst begrüßen wir aus- und nachdrücklich, dass im Wesentlichen an einem sozialwissenschaftlichen Verbundfach festgehalten wird. Nur dann bietet sich die Möglichkeit einer multiperspektivischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Frage- und Problemstellungen. Insbesondere die in den Kernlehrplänen der sozialwissenschaftlichen Verbundfächer genannten Ziele erfordern die integrative Beschäftigung mit den Inhalten aus den unterschiedlichen Bezugsdisziplinen Ökonomie, Soziologie und Politikwissenschaft. Eine Konkurrenz zwischen den disziplinären Perspektiven ist weder inhaltlich noch mit Blick auf die gegenwärtigen und künftigen gesellschaftlichen Merkmale, Entwicklungslinien sowie Fragestellungen, die den jungen Menschen begegnen (werden), nachvollziehbar. Ein separates Fach „Wirtschaft“ ist abzulehnen, da dort ein rein wirtschaftswissenschaftlicher Wissenstransfer geschieht, die Vermittlung unabdingbar notwendiger soziologischer und politikwissenschaftlicher Inhalte über wirtschaftliche Zusammenhänge fehlt.

Wir empfehlen, den in den Kernlehrplänen angelegten sozialwissenschaftlich-integrativen Charakter konsequent für die Aufgaben und Ziele des Faches sowie für die Inhaltsfelder umzusetzen. Damit orientiert sich Nordrhein-Westfalen am *state*

of the art, schließlich stellen sozialwissenschaftliche Integrationsfächer den curricularen Normalzustand in nahezu allen Bundesländern dar. Separate Pflichtfächer für „Politik“ und „Wirtschaft“ bilden weiterhin eine Ausnahme, sind sie doch wissenschaftlich nicht nachvollziehbar sowie unterrichtspraktisch untragbar.

Die Domänen „Politik“ und „Wirtschaft“ lassen sich nicht separieren, was sich prominent in den Ausführungen zu „ökonomischer Mündigkeit“ zeigt. So heißt es in dem „Kernlehrplan für die Sekundarstufe I. Realschule in Nordrhein-Westfalen“ für das Fach „Wirtschaft“ (S. 7):

*Ökonomische Mündigkeit erfordert die Ausbildung fachspezifischer Sach-, Urteils-, Methoden- und Handlungskompetenzen. Entsprechend bereitet der Unterricht durch diskursive, simulative und reale Handlungssituationen auf die Teilnahme an ökonomischen, politischen und sozialen Prozessen vor.*

Jene Formulierung findet sich – im Wortlaut – ebenso auf S. 7 in dem Entwurf zum „Kernlehrplan für die Sekundarstufe I. Realschule in Nordrhein-Westfalen“ für „Politik“, um ökonomische und politische Mündigkeit im Zusammenschluss zu definieren:

*Ökonomische und politische Mündigkeit erfordern die Ausbildung fachspezifischer Sach-, Methoden-, Urteils- und Handlungskompetenzen. Entsprechend bereitet der Unterricht durch diskursive, simulative und reale Handlungssituationen auf die Teilnahme an ökonomischen, politischen und sozialen Prozessen vor.*

Anhand dieses Beispiels aus den KLP-Entwürfen zeigt sich zum einen, dass die Domänen „Politik“ und „Wirtschaft“ nicht zu trennen sind. Sozialwissenschaftliche Integrationsfächer, wie sie „Politik und Wirtschaft“ neben „Geschichte“ und „Geographie/Erdkunde“ darstellen, verlangen die Auseinandersetzung mit den entsprechenden Inhalten respektive Gegenstandsbereichen aus unterschiedlichen Bezugsdisziplinen. Die Abwertung politisch-gesellschaftlichen Lernens, die sich im Kernlehrplan abzeichnet, ist daher weder wissenschaftlich begründbar noch bildungspolitisch vertretbar – erst recht nicht vor dem gegenwärtigen Hintergrund eines sich verbreitenden und verfestigenden Rechtspopulismus und -extremismus. In seiner derzeitigen Fassung fällt der Kernlehrplan leider hinter den gegenwärtigen (internationalen) Diskussionsstand der politisch-ökonomischen Bildung zurück.

### **Konkrete Änderungsvorschläge für das Fach „Gesellschaftslehre“**

Grundsätzlich plädieren wir mit Nachdruck dafür, die einzelnen sozialwissenschaftlichen Fächer nicht zu separieren, sondern in einem Fach zu integrieren. Dies deckt sich beispielsweise mit dem für das Fach „Wirtschaft-Politik“ formulierten Ziel, das da lautet, „die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, ihre Interessen in der heutigen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft mündig zu vertreten, sachkundig zu urteilen und verantwortungsvoll sowie demokratisch zu handeln.“ Die von ihnen vorgeschlagenen Neubezeichnungen widersprechen diesem Ziel und symbolisieren ferner eine „Umgewichtung“ der Fachanteile, die bei einer begrenzten Stundenzahl kritisiert werden muss. In Kongruenz mit der Fächerbezeichnung für

die gymnasiale Oberstufe ließe sich die Benennung „Sozialwissenschaften“ fest-schreiben.

Im Folgenden haben wir dennoch exemplarisch einige zentrale Aspekte aus dem Entwurf des „Kernlehrplan für die Sekundarstufe I. Gesamtschule/Sekundarschule in Nordrhein-Westfalen. Gesellschaftslehre“ herausgearbeitet, die als Kristallisati-onspunkte für die noch unbedingt vorzunehmenden Überarbeitungen der Ent-würfe für die Fächer „Wirtschaft und Arbeitswelt“ an Hauptschulen, „Wirtschaft“, „Politik“, „Geschichte“, „Erdkunde“ an Realschulen sowie „Gesellschaftslehre“, „Technik“ und „Hauswirtschaft“ dienen, sollten Sie die Fächerseparation beizubehalten beabsichtigen:

- Gegenstandsbereiche wie „Globalisierung“ und „Digitalisierung“ erfordern – entgegen der Ausführungen im KLP auf S. 7 – einen multiparadigmati-schen Zugang: Herausforderungen, die mit jenen beiden Themenkomple-xen einhergehen, sind nicht nur ökonomischer, vielmehr auch politischer und gesellschaftlicher Natur. Die Einschränkung auf „wirtschaftlich“ allein ist eine Verletzung des *Beutelsbacher Konsens*.

→ **Formulierungsvorschlag:** *Vor dem Hintergrund der vielfältigen politi-schen, gesellschaftlichen, ökologischen und ökonomischen Herausforde-rungen in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung werden die verschie-denen ~~wirtschaftlichen~~ Perspektiven und Rollen im Unterricht eingenom-men und thematisiert.*

- S. 7-8: Inhaltlich nicht nachvollzieh- und legitimierbar ist die Nachordnung der Rolle der Staatsbürgerinnen und -bürger zugunsten der Rolle der Wirt-schaftsbürgerinnen und -bürger. Vielmehr liest sich dies als Legitimation der fachlichen Umbenennung von „Politik-Wirtschaft“ in „Wirtschaft-Politi-k“. Der inhaltliche Sinn der Nachordnung ist ebenso mit Blick auf den fol-genden Absatz nicht nachvollziehbar (S. 7): „Das Fach Wirtschaft-Politik [...] bereitet Schülerinnen und Schüler auf individuelle Lebensführung, gesell-schaftliche Teilhabe sowie politische Mitwirkung in unserer demokrati-schen Gesellschaftsordnung vor.“ Insbesondere aber angesichts tagesak-tueller Ereignisse, welche die Grundfesten des politischen Friedens in der Bundesrepublik Deutschland ins Wanken bringen, ist eine Nachordnung der Staatsbürgerrolle höchst problematisch und sollte **korrigiert** werden:

→ **Formulierungsvorschlag:** ~~Gleichzeitig sind die Grundlagen der politi-schen Bildung sowie gesellschaftlicher Strukturen, Prozesse und Phäno-mene sind integrale Bestandteile des Faches Wirtschaft-Politik. Ziel ist der Erwerb von politischer Mündigkeit und Demokratiefähigkeit durch aktives Demokratielernen. Grundlage dieses Demokratielernens sind die Men-schenrechte sowie die Verfassung. Demokratie wird dabei zugleich als Le-bens-, Gesellschafts- und Regierungsform angesehen. Das Verständnis ge-sellschaftlicher Grundwerte trägt dazu bei, als Staatsbürgerinnen und -bür-ger sowie als zivilgesellschaftliche Akteure an der Gesellschaft teilhaben zu können.~~ Wir raten, erst danach den Absatz „Auf der Basis [...]“ (in geänder-ter Form in Einklang mit dem folgenden Aufzählungspunkt) anzuordnen.

- Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als einzige Wirtschaftsordnung zu thematisieren, ist angesichts des *Beutelsbacher Konsens* und dem damit verbundenen *Kontroversitätsgebot* kritisch zu bewerten. Gemäß dem *Beutelsbacher Konsens* müssen Kontroversen aus Wissenschaft und Politik auch im Unterricht in ebenso kontroverser Form abgebildet sein. Dies wird unterlaufen, wenn den Schülerinnen und Schülern aktuelle Debatten – so etwa um Postwachstumsökonomie, Gemeinwohlökonomie oder Sorgearbeit – vorenthalten werden. Da in Wissenschaft und Politik derzeit beispielsweise Debatten um die Postwachstumsökonomie geführt werden, sollten diese Alternativen den Lernenden ebenso dargeboten werden (S. 7).

→ **Formulierungsvorschlag:** *Auf der Basis unterschiedlicher Wirtschaftsordnungen entwickeln Schülerinnen und Schüler ökonomisches Orientierungs- und Handlungswissen [...].*

- Wir schlagen in Kap. 2.1 „Kompetenzbereiche des Lernbereichs“ die Formulierung „*Sozialwissenschaftliche Sachkompetenz*“ **statt** „*Ökonomisch-politische Sachkompetenz*“ vor, da die anknüpfende Formulierung „*vernetzende Anwendung von Kenntnissen über die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse, damit gesellschaftliche Realität sinnstiftend erschlossen und verstanden werden kann*“ (S. 15) ein Zusammenspiel sozialwissenschaftlich integrierender Fertigkeiten evokiert.
- „Inhaltsfeld 2: Wirtschaft und Arbeit“ (S. 19) → Die Formulierung „*Wandel der Arbeitswelt und damit einhergehende Herausforderungen*“, für welche die Lernenden zu sensibilisieren sind, sollte an dieser Stelle noch **ergänzt** werden.
- „Inhaltsfeld 3: Konsum und Nachhaltige Entwicklung“ (S. 19-20) → Lernende werden an dieser Stelle nur auf ihre Rolle als individuelle Verbraucherinnen und Verbraucher beschränkt. Dies greift zu kurz, da Konsum in ökonomisches Handeln eingebettet ist und nach dem Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung insbesondere auch sozial konnotiert und eingebettet ist.

→ **Formulierungsvorschlag:** *Die Auseinandersetzung mit den Rechten, Pflichten und Optionen von Verbraucherinnen und Verbrauchern fördert eine reflektierte Konsumkompetenz, die berücksichtigt, dass ökonomisches Handeln auch sozial eingebettet ist und politische Folgen haben kann.*

- „Inhaltsfeld 5: Naturraumähnliche Voraussetzungen, Nutzung und Umgestaltung von Räumen“ → Die Verantwortung der Industrie/Unternehmen als Mitverursacher der Umweltverschmutzung und der Politik als Rahmen- und Regelgeber wird hier nicht berücksichtigt, vielmehr die Verantwortung auf das Individuum („*Reflexion des eigenen Mobilitäts-, Freizeit- und Urlaubsverhaltens*“, S. 20) transferiert. Zudem wird mit der Formulierung „*zwischen Klimaschutzziele einerseits und dem Ziel einer sicheren und fi-*

nanzierbaren Energieversorgung andererseits“ (ebd.) die negativ konnotierte These aufgestellt, dass ein Spannungsfeld vorherrsche zwischen Klimaschutz und finanzierbarer Energieversorgung. Das widerspricht dem Stand der Wissenschaft.

→ **Formulierungsvorschläge:** *Reflexion des eigenen Mobilitäts-, Freizeit- und Urlaubsverhaltens und Analyse der industriellen Verantwortung“ + „Dabei werden ~~Konflikte~~ Möglichkeiten des Erreichens der ~~zwischen~~ Klimaschutzziele ~~einerseits~~ und ~~dem Ziel~~ des Ziels einer sicheren und finanzierbaren Energieversorgung ~~andererseits~~ ebenso zum Gegenstand gemacht.*

- „Inhaltsfeld 6: Technologischer Wandel, Digitalisierung und Medien“ → Gerade der Gegenstandsbereich Medien steht exemplarisch dafür, dass gegenwärtige Problem- und Fragestellungen multiperspektivisch zu betrachten sind: So kennzeichnen sich die Auswirkungen des technologischen Wandels/der Digitalisierung explizit als gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Natur, sind dadurch auch nur durch diese gemeinsam zu erörtern. Keinesfalls sollte die Auseinandersetzung auf technologische Aspekte oder die „rechtlichen Grundlagen der Mediennutzung“ reduziert werden. Vielmehr sollten Medien und ihre Bedeutung im politischen System „Inhaltsfeld 6“ zum Gegenstand erklärt werden. Im Zuge dessen sollten Chancen und Herausforderungen des technologischen Wandels/der Digitalisierung als untergeordneter Aspekt Wiederhall in der Beschreibung finden (S. 21).

→ **Formulierungsvorschlag:** *In diesem Inhaltsfeld geht es um die Auseinandersetzung mit Medien und ihrer Bedeutung im politischen System sowie den Chancen und Herausforderungen durch die Einführung und Nutzung von Innovationen, neuen Technologien und Medien für Individuum, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.*

- „Inhaltsfeld 7: Identität, Lebensgestaltung und Lebenswirklichkeit“: So Religion als Einflussfaktor auf die Identitätsbildung von Menschen im KLP genannt wird, erfordert der gesellschaftswissenschaftliche *state of the art* – insbesondere eine in der Gesellschaft bereits bestehende, durch die schulische Bildung weiter zu fördernde *Identitätssensibilität* – fraglos auch die Nennung des Einflussfaktors Kultur (S. 21).

→ **Formulierungsvorschlag:** *Einfluss von Gesellschaft, Kultur, Ökonomie, Religion, Lebensraum und historischem Kontext auf die Identitätsbildung von Menschen.*

### **Konkrete Änderungsvorschläge für das Fach „Wirtschaft“**

Es ist zu begrüßen, dass der sozialwissenschaftlich-integrative Charakter im Entwurf des Kernlehrplans für das Fach „Wirtschaft“ an Realschulen sowohl im Rahmen der „Aufgaben und Ziele des Faches“ als auch in den meisten Inhaltsfeldern grundsätzlich vorhanden ist. An den Stellen, an denen monoparadigmatische Inhalte und Ziele formuliert sind, kommt es in der Konsequenz zu unauflösbaren Widersprüchen, die Gefahren, das Bildungsziel Mündigkeit zu unterlaufen sowie eine ökonomistische Denkweise unreflektiert einzutrainieren.

Den standardisierten Mainstream ökonomischer Theorie zeichnet ein spezifischer Blickwinkel aus. Nicht der Gegenstandsbereich Wirtschaft, sondern eine Methode, auf die Welt zu schauen, sind hierfür charakteristisch. Für schulische Bildung bedeutet dies, dass in der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler gewonnene Erfahrungen eines wirtschaftlichen Handelns zugunsten eines mathematisch-abstrakten Denkens zurückgestellt werden, vielfach ohne dies explizit zu machen. Warum also Ökonomie studieren, wenn reale Probleme und Herausforderungen des Wirtschaftens kaum adressiert werden? Gregory Mankiw, einer der erfolgreichsten Lehrbuchautoren der Ökonomik, macht seine Position diesbezüglich deutlich (Mankiw/Taylor 2014, S. 17):

*Many of the concepts you will come across [...] are abstract. [...] if you master these concepts they act as a portal which enables you to think like an economist. Once you have mastered these concepts you will never think in the same way again and you will never look at an issue in the same way. These concepts are referred to as threshold concepts.*

Diese Sichtweise stützt – *in nuce* – auch der folgende Appell des Wirtschaftsethikers Ingo Pies (2017: 2):

*Nicht das Fach ‚Wirtschaft‘, sondern die Perspektive der Wirtschaftswissenschaft muss in deutschen Schulen breitenwirksam eingeführt werden.*

Zugleich droht der *Beutelsbacher Konsens* mehrfach verletzt zu werden. Wenn Schülerinnen und Schüler wirklich befähigt werden sollen, „ihre Interessen in der heutigen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft mündig zu vertreten, sachkundig zu urteilen und verantwortungsvoll sowie demokratisch zu handeln“ (S. 7), dann gilt es, alle sozialwissenschaftlichen Bezugsdisziplinen konsequent zurate zu ziehen und dies auch explizit kenntlich zu machen. Somit sollte die Formulierung „~~ökonomische Mündigkeit~~“ (S. 7) gestrichen und durch *politische und sozioökonomische Mündigkeit* **ersetzt** werden. Für weitere grundsätzliche Aspekte wie eine einheitliche Bezeichnung der Fächerdomäne als Sozialwissenschaften gilt das bereits für das Fach „Gesellschaftslehre“ Ausgeführte.

Folgende Änderungsvorschläge empfehlen wir umzusetzen:

- **„Inhaltsfeld 1: Wirtschaftliches Handeln in der marktwirtschaftlichen Ordnung“**
  - Eine universale Anwendung von „Grundlagen ökonomischen Denkens und Handelns“ auf andere Inhaltsfelder sollte dringend vermieden werden. Daher sollte folgende Formulierung **gestrichen** werden: „[...] und bahnen das Verständnis ökonomischer Zusammenhänge auch in anderen Inhaltsfeldern an.“
  - Es besteht die Gefahr, Ökonomisierungs- und Subjektivierungsprozessen Vorschub zu leisten, ohne dass dies für Schülerinnen und Schüler bewusst ist. Das widerspricht dem Überwältigungsverbot

des *Beutelsbacher Konsens*. Das Inhaltsfeld sollte grundlegend interdisziplinär und multiperspektivisch aufbereitet und nicht in der aktuell angedachten Form umgesetzt werden. Zudem sollten Alternativen des Denkens über Wirtschaft alleine wegen des Kontroversitätsgebotes ergänzt werden.

→ **Formulierungsvorschlag** (S. 13): *Die Grundlagen des Denkens und Handelns im Gegenstandsbereich Wirtschaft stehen im Mittelpunkt dieses Inhaltsfeldes und werden aus Perspektiven von Politikwissenschaft, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften integrativ befragt. Plurale ökonomische Handlungslogiken und konkurrierende Konzepte von Wirtschaftsordnungen werden genauso behandelt wie zukunftsfähige und enkeltaugliche Konzeptionen des Wirtschaftens.*

- Eine ökonomistisch-funktionalistische Betrachtung wie die Reduktion der Auseinandersetzung mit Geld auf „Funktionen von Geld“ sollte um sozialwissenschaftlich Perspektiven **ergänzt werden** (S. 18): *- Geld & Macht, - Geld & Sozialität, - Geld als Denkform, - Alternativen zu Geldförmigkeit wie Commons & Commoning*

Zentrale Inhalte im Denken über Ökonomie fehlen. Diese sollten durch das Zurückfahren der im Vergleich zum gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurs sehr prominent platzierten Perspektiven auf Unternehmertum im KLP um folgende Stichpunkte **ergänzt werden**:

- Inhaltsfeld 2: *Wirtschaftswachstum und Alternativen: Wachstumsparadigma, (ökologische) Folgen sowie Auswege und Alternativen*
- Inhaltsfeld 3: Grundsätzliche Ergänzung siehe Vorschlag für KLP „Gesellschaftslehre“. **Ergänze:** *Social Entrepreneurship*
- Inhaltsfeld 5: *Fairer Handel und strukturelle Aspekte einer Wirtschaft mit Gemeinsinn, soziale und ökonomische Ungleichheit (Verteilung von Einkommen und Vermögen, Ausbeutung, postkoloniale Strukturen), imperiale Lebensweise*
- Inhaltsfeld 6: *Care- bzw. Sorgearbeit*
- Eigenes Inhaltsfeld oder in Inhaltsfeld 2 implementieren: *Zukunft gestalten: Anders Wirtschaften für eine enkeltaugliche Welt und zukunftsfähige Ökonomien*

**Konkrete Änderungsvorschläge für das Fach „Wirtschaft-Politik“ (fachspezifisch: „Gesellschaftslehre“ | Gesamtschule/Sekundarschule)**

Auch für das Fach „Wirtschaft-Politik“ empfehlen wir aus den genannten Gründen eine einheitliche Benennung in „Sozialwissenschaften“. Zudem gelten alle grundsätzlich ausgeführten Bedenken, die sich auf die zunehmend monoparadigmatische Ausgestaltung von Inhaltsfeldern beziehen.

- „Inhaltsfeld 1: Wirtschaftliches Handeln in der marktwirtschaftlichen Ordnung“: Hier empfehlen wir nachdrücklich die **obenstehenden Änderungsvorschläge** für das Fach „Wirtschaft“.
- „Inhaltsfeld 3: Nachhaltige Entwicklung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“: Der sozialwissenschaftliche Ansatz dieses Inhaltsfeldes ist **sehr zu begrüßen**. Dieser und die für das Inhaltsfeld formulierten inhaltlichen Schwerpunkte sollten sich auch in der Urteilskompetenz deutlich wiederfinden. **Ergänze** (S. 68):
  - Die Schülerinnen und Schüler beurteilen alternative Lebens- und Wirtschaftsweisen u.a. in Bezug auf Umsetzbarkeit und ökologische Herausforderungen.
  - Die Schülerinnen und Schüler beurteilen geeignete Maßnahmen die SDGs (Keine Armut, Hochwertige Bildung) umzusetzen.
- „Inhaltsfeld 4: Identität und Lebensgestaltung“
  - Hier empfehlen wir analog zum Fach „Gesellschaftslehre“, **folgende Ergänzung** vorzunehmen: *Einfluss von Gesellschaft, Kultur, Ökonomie, Religion, Lebensraum und historischem Kontext auf die Identitätsbildung von Menschen.*

### **Konkrete Änderungsvorschläge für das Fach „Wirtschaft und Arbeitswelt“ (Hauptschule)**

Die Konstruktion des Unterrichtsfachs „Wirtschaft und Arbeitswelt“ fällt deutlich hinter die bereits kommentierten Entwürfe zurück. Wissenschaftliche Gründe, warum gerade in der Hauptschule Einseitigkeit und ein im Vergleich deutlich monoparadigmatischer Zuschnitt umgesetzt werden sollten, entbehren jeglicher Grundlage. Die Analyse der angestrebten Urteilskompetenzen ergibt, dass hier vor allem auf die individuelle Ebene abgestellt wird. Dies bedarf einer fundamentalen Korrektur. Um Demokratiefähigkeit und Partizipation zu fördern und soziale Ungleichheiten nicht noch weiter zu vertiefen, sollte hier auf grundsätzlicher Ebene nachgearbeitet werden. Eine Kommentierung von Details scheint nur bedingt zielführend.

- „Inhaltsfeld 1: Wirtschaftliches Handeln in der marktwirtschaftlichen Ordnung“:
  - Hier empfehlen wir nachdrücklich die **obenstehenden Änderungsvorschläge** für das Fach „Wirtschaft“.
  - Das Inhaltsfeld sollte grundlegend überarbeitet werden, um eine monoparadigmatische Konstruktion und Einseitigkeit zu vermeiden, sowie Kontroversität entstehen lassen zu können.
  - Von der vorgesehenen Reduzierung auf die „Bürger\*innenrolle“ der Schülerinnen und Schüler sollte abgesehen werden. Eine solche

isolierte Betrachtung untergräbt eine partizipatorische Handlungsanbahnung. **Streiche** (S. 16): ~~„Zentrales Anliegen dieses Inhaltsfeldes ist die Förderung einer ökonomischen Grundbildung mit dem Ziel einer Stärkung der unterschiedlichen aktuellen sowie zukünftigen wirtschaftlichen Rollen der Schülerinnen und Schüler.“~~

- „Inhaltsfeld 2: Nachhaltige Entwicklung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“: Dieses Inhaltsfeld fällt deutlich hinter das namensgleiche Inhaltsfeld im Fach Wirtschaft-Politik zurück.
  - Das Inhaltsfeld sollte durch das gleichnamige Inhaltsfeld 3 des Faches Wirtschaft-Politik **ersetzt** werden. Die dafür oben genannten Ergänzungsvorschläge sollten **übernommen** werden.
- Inhaltsfeld 3: Unternehmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen in der Sozialen Marktwirtschaft
  - Das Inhaltsfeld sollte **grundlegend überarbeitet** werden, um eine monoparadigmatische Konstruktion und Einseitigkeit zu vermeiden, sowie Kontroversität entstehen lassen zu können.
- Inhaltsfeld 4: Handeln als Verbraucherinnen und Verbraucher
  - Das Inhaltsfeld sollte **grundlegend überarbeitet** werden, um eine monoparadigmatische Konstruktion und Einseitigkeit zu vermeiden, sowie Kontroversität entstehen lassen zu können.

### Abschließende Bemerkungen

Abschließend sei festgehalten, dass die Zentralstellung der Bildungsziele auf die erfolgreiche Bewältigung ökonomisch geprägter Lebenssituationen im Vergleich zum vorherigen Lehrplan befremdet, in dem unter Hinweis auf die Rahmenvorgaben für die politische und für die ökonomische Bildung explizit ein multiperspektivischer, vernetzter und vertiefter Kompetenzaufbau avisiert wird, der die Integration fachspezifischen Teilwissens in übergreifende Sinnzusammenhänge unterstützt. Die Leitperspektive der Entwicklung allgemeiner politischer Mündigkeit sollte nicht aufgegeben werden, ermöglicht sie doch vertieftes Verstehen wirtschaftlicher Zusammenhänge sowie ökonomisch geprägter Lebenssituationen und Handlungsfelder unter der Leitmaxime mündiger Bürgerinnen und Bürger.

Sowohl die Einführung eines neuen (Pflicht-)Fachs bei gleichbleibenden Stundenkontingenten als auch die Expansion eines disziplinären Bildungsanliegens innerhalb eines Integrationsfaches geht zu Lasten anderer, meist benachbarter Fächer respektive Bildungsanliegen. Die Bundesländer lösen diese Frage durch Fächerverbünde bzw. Kontingentstundentafeln, die den Schulen Spielräume an die Hand geben. Leider gewähren die Stundentafeln den Fächern des Lernbereichs Sozialwissenschaften/Gesellschaftslehre nicht die nötige Zeit, um eine umfängliche Vermittlung des in einer Wissensgesellschaft benötigten politischen, gesellschaftlichen, historischen oder rechtlichen Wissens zu ermöglichen. Berücksichtigt man

die Rahmenbedingungen und Sachzwänge, steht die ökonomische Bildung vergleichsweise gut da. Eine Ausweitung der Stundentafel ist trotz der in NRW größtenteils vollzogenen Rückkehr zu „G9“ bildungspolitisch aussichtslos.

Wer mehr Zeit für ökonomische Bildung möchte, muss folglich anderen Fächern Lernzeit entziehen; das gilt auch für die politische Bildung, die angesichts der historischen Herausforderungen durch den sich verfestigenden Rechtspopulismus/-extremismus aus guten Gründen mehr Lernzeit zugebilligt bekommen müsste. Wer die ökonomische Bildung ausbaut, verhindert damit zugleich auch, dass bisher überhaupt nicht oder kaum repräsentierte Domänen wie etwa Recht, Technik oder Informatik Einzug in die Schulen halten. Wissenschaftliche Gründe für eine einseitige Privilegierung ökonomischer Bildung gibt es nicht. Das ist mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der schulischen Bildung für die nachwachsenden Generationen nicht vertretbar. So ließ die US-Ratingagentur *Standard & Poor's* 2015 über das Meinungsforschungsinstitut *Gallup Poll* mehr als 150.000 Erwachsene in über 140 Ländern hinsichtlich ihres Wissens in den Themenfeldern „Zinsen und Zinseszinsen“, „Inflation“ und „Risikostreuung“ befragen. Demnach rangiert die Bundesrepublik Deutschland unter den zehn Staaten mit der höchsten Finanzbildung. Von anderen Wissensdomänen lässt sich dies – darüber geben die PISA-Ergebnisse der vergangenen Jahre Aufschluss – leider nicht behaupten.

Zahlreiche Hinweise, wie die KLP-Entwürfe den hier skizzierten Ansprüchen genügen könnten, finden sich in dem 2019 im *Wochenschau Verlag* erschienenen Werk „Sozioökonomisches Curriculum“ von Reinhold Hedtke. Gerne lassen wir Ihnen ein Exemplar zukommen.

Selbstverständlich stehen meine an der Universität Bielefeld tätigen Kolleginnen und Kollegen aus dem GSÖBW-Vorstand – Prof. Dr. Udo Hagedorn und Prof. Dr. Reinhold Hedtke – für den Fall einer Anhörung vor Ort sowie für weitere Auskünfte zur Verfügung. Gerne bringen sich auch andere Vorstandsmitglieder in die Debatte ein.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Tim Engartner